

Beschlussauszug aus der Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses der Stadt Klütz vom 19.03.2024

Top 5 Alkohol- und Drogenkonsum von Kindern und Jugendlichen

In einem Artikel in der Ostseezeitung wurden Schüler und Jugendliche der Stadt Klütz mit dem Verkauf und Konsumieren von Drogen und Alkohol in Verbindung gebracht. Diese Problematik ist seit längerem bekannt. Herr Schmoldt berichtet über die Arbeit der Arbeitsgruppe, welche 2022 gebildet wurde. Leider hat sich die Situation zum Alkohol- und Drogenkonsum der Kinder und Jugendlichen nicht geändert. Treffpunkte der Kinder und Jugendlichen werden immer wieder verlagert, auch ist das Beschaffen von Alkohol in den Discountern in der Stadt Klütz teilweise problemlos möglich. Hier sollte der Einzelhandel konsequent die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes durchsetzen.

In einem Offenen Brief vom 18.08.2023 an die Ministerpräsidentin von MV (im Anhang beige-fügt), wurde diese auf die Umstände in diversen Gemeinden hingewiesen und um Hilfe durch die Landesregierung gebeten. Am 09.11.2023 wurde durch Herrn Schmoldt bei einem persönlichen Treffen mit Frau Schwesig der Offene Brief thematisiert, Frau Schwesig wollte sich nach dem Brief erkundigen. Bis zum 19.03.2024 hat die Arbeitsgruppe „Drogenmissbrauch von Kindern und Jugendlichen“ keine Antwort erhalten. Die Mitglieder des Sozialausschusses sind sich einig, dass eine Nichtbeantwortung eine Missachtung der Probleme in den Gemeinden ist. Eine neue Herausforderung stellt die Verabschiedung des Gesetzes zur Legalisierung von Cannabis ab 01.04.2024 dar, hier hat der Staat die grundsätzliche Aufgabe der Prävention für Kinder und Jugendliche. Der Amtsvorsteher Herr Mevius wird gebeten, eine Nachfrage zum Verbleib und der fundierten Beantwortung des Briefes beim Ministerium zu stellen.

Ein Mitglied des Sozialausschusses erklärt, dass im Landkreis Nordwestmecklenburg seit einem dreiviertel Jahr aufgrund von Stellenwechsel kein Sachbearbeiter im Bereich Jugendarbeit für die Stadt Klütz zuständig ist, Herr Funk vom LK NWM hat allerdings Unterstützung zugesagt.

Das Ordnungsamt des Amtes Klützer Winkel wird gebeten, die Möglichkeit zum Ausstellen von Bußgeldbescheiden etc. bei Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz von Kindern und Jugendlichen im Amtsbereich zu prüfen, insbesondere bei Alkohol- und Drogenkonsum.

Offener Brief

Der Arbeitsgruppe „Drogenmissbrauch von Kindern und Jugendlichen“ der Sozialausschüsse des Amtes Klützer Winkel

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,
sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung,

die unsagbar traurigen Ereignisse in Neubrandenburg bzw. Altentreptow, bei dem (bisher) ein dreizehnjähriges Mädchen mutmaßlich durch das Konsumieren illegaler Drogen gestorben und ein weiteres Kind ebenfalls mit dem Tode gerungen hat, bewegen die Menschen in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zutiefst.

Diese Geschehnisse lassen auch uns Bürgermeister und Gemeindevertreter nicht unberührt. Wir sehen uns daher aufgefordert, diesen offenen Brief zu schreiben.

Seit mehreren Jahren beschäftigen sich verschiedene Gremien unserer Städte und Gemeinden sowie des Landkreises Nordwestmecklenburg mit den Auswirkungen des illegalen Alkohol- und Drogenkonsums bei Kindern und Jugendlichen.

Festzustellen ist, dass wir ein stetig wachsendes, größer werdendes Problem haben, welchem aus unserer Sicht zu wenig Beachtung in Politik, Gesellschaft und Medien geschenkt wird.

Traurigerweise steigt die Anzahl der Drogen konsumierenden Jugendlichen stetig, und sie werden leider immer jünger. Der Bezug und die Einnahme von illegalen Drogen und Alkohol scheint selbst für Kinder ein leichtes Unterfangen zu sein und geschieht in den meisten Fällen völlig straffrei bzw. sanktionslos. Der dadurch erzeugte Rausch gehört zunehmend zum Alltag und ist bei genauem Hinsehen öffentlich sichtbar.

Um diesen nicht hinzunehmenden Gegebenheiten entgegenzuwirken, braucht es eine Vielzahl von Maßnahmen, da bereits bestehende Gesetze keinen ausreichenden Schutz unserer Kinder und Jugendlichen gewährleisten können.

Folgende Schwerpunkte sollten zukünftig verfolgt werden:

Schwerpunkt ELTERN:

- Sensibilisierung durch Aufklärung in Schule und öffentlichem Raum (Landesfinanzierte Kampagnen im Radio, in der Presse und im Plakatformat), damit sich die Einstellung „Hat doch eh keinen Sinn, bekommen wir eh nicht aufgehallen!“ nicht verfestigt und das Nichtwegsehen eine öffentliche Unterstützung erfährt
- Informationsveranstaltungen (Drogenaufklärung) für Eltern
- die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder muss deutlich gemacht werden
- permanentes Sensibilisieren, dass Eltern eine prägende Vorbildwirkung haben

Schwerpunkt POLIZEI:

- mehr Ermittler BTM – der Handel und das kleinteilige Dealen sollte massiv eingeschränkt werden
- vermehrte Kontrollen vor und in den Schulen
- Anzahl und Präsenz der Präventionsbeauftragten erhöhen
- vermehrte Kontrolle von rauchenden und trinkenden Kindern in der Öffentlichkeit
- Kontrollfahrten an bereits bekannten „Hotspots“, auch nach 20.00 Uhr

- Verstöße sollten nicht mehr von den Jugendlichen belächelt werden – Festlegen (Auswahl) von gesetzeskonformen Sanktionsmöglichkeiten und deren konsequente Umsetzung unterstützen

Schwerpunkt SCHULE:

- muss in jedem Fall ein Ort ohne jegliche Drogen und deren Konsum sein
- Schulordnungen müssen die Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzen, bei begründetem Verdacht Taschen und mitgebrachte Getränke zu kontrollieren
- muss in die Lage versetzt werden, außerschulische Angebote, z.B. AGs, Schulsozialarbeitsprojekte zu fördern und zu finanzieren (eigene Budgets)
- muss in die Lage versetzt werden, bei Verdacht Atemalkoholtests vorzunehmen
- das Lehrerkollegium muss bezüglich der Kenntnisse von Drogen sowie der damit verbundenen Gefahren geschult werden
- enge und zielorientierte Zusammenarbeit einzustellender Streetworker und der Schule
- frühzeitige Aufklärung und Präventionsarbeit mit den Kindern bzgl. der Gefahren bei Drogenkonsum (4./5. Klasse)
- Elternbriefe informieren über eine notwendige „Null-Toleranz-Strategie“

Schwerpunkt POLITIK und Strafverfolgungsbehörden:

- muss den politischen Willen öffentlich artikulieren, dass es sich um ein gewaltiges, globales und gesamtgesellschaftliches Problem handelt
- der Handel, die Abgabe und das Konsumieren von BTM sollte niemals in einem Abtuen als Kleinkriminalität münden → daher ist eine konsequente Strafverfolgung und Anklageerhebung unerlässlich

Schwerpunkt HANDEL:

- Sensibilisierung und wiederholte Information des Verkaufspersonals von Alkohol und Tabakwaren – Abgabe muss strikt kontrolliert werden – das „Rankommen“ sollte deutlich erschwert werden
- Alkohol darf nicht als Billigprodukt „verschleudert“ werden (alkoholische Getränke sind zum Teil billiger als Wasser) und damit fast unbegrenzt verfügbar sein

NICHTS MACHEN HEISST KAPITULIEREN!

WAS GIBT ES WICHTIGERES ALS UNSERE KINDER!?

Diesen Offenen Brief unterstützen:

Thomas Beyer	Bürgermeister der Hansestadt Wismar
Lars Prahler	Bürgermeister der Stadt Grevesmühlen
Raphael Wardecki	Bürgermeister des Ostseebades Boltenhagen
Jürgen Mevius	Bürgermeister der Stadt Klütz
Mandy Krüger	Bürgermeisterin der Gemeinde Damshagen
Frank Lenschow	Bürgermeister der Gemeinde Grieben
Dietrich Neick	Bürgermeister der Gemeinde Kalkhorst
Annett Pahl	Bürgermeisterin der Stadt Dassow
Lothar Glöde	Bürgermeister der Gemeinde Hohen Viecheln